

Nachrichten aus Brüssel

Umfassendes Rauchverbot

Das Europäische Parlament hat sich mit großer Mehrheit für ein umfassendes Rauchverbot ausgesprochen und Ausnahmemöglichkeiten für Gaststätten abgelehnt. Wenn es nach den Abgeordneten geht, soll „innerhalb von zwei Jahren ein uneingeschränktes Rauchverbot in sämtlichen geschlossenen Arbeitsstätten, einschließlich der Gastronomie, sowie in sämtlichen geschlossenen öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmitteln in der EU eingeführt“ werden. Zum besonderen Schutz von Kindern und Jugendlichen wird auch ein Rauchverbot in Anwesenheit von Minderjährigen in privaten PKW sowie ein Verkaufsverbot an Jugendliche unter 18 Jahren und ein einheitlicher Mindeststeuersatz geprüft. Sämtliche Sucht verstärkenden und Krebs erregenden Zusatzstoffe werden verboten. Im Rahmen ihrer Vorbildfunktion hat sich das Europäische Parlament für ein Rauchverbot ohne Ausnahmen in allen Räumen des Parlaments ausgesprochen.

Österreich: Quotenregelung für Auslands-Medizinstudenten bleibt

Die Europäische Kommission hat das Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich wegen der Quotenregelung im Fach Medizin, wonach 75 Prozent der Plätze für Österreicher, 20 Prozent für EU-Bürger und fünf Prozent für Nicht-EU-Bürger reserviert sind, für die nächsten fünf Jahre ausgesetzt. Österreich hatte die Thematik mit den Verhandlungen zum EU-Reformvertrag verknüpft. Hintergrund der österreichischen Quotenregelung ist die hohe Anzahl deutscher Medizinstudenten, die aufgrund der strengen Zulassungsbeschränkungen in Deutschland (Numerus clausus) die Aufnahme des Studiums in Österreich beantragen. Österreichs Wissenschaftsminister Johannes Hahn hatte argumentiert, dass ohne eine solche Beschränkung in zehn bis zwölf Jahren in Österreich 600 bis 800 Ärzte fehlen würden.

Gesundheitspolitische Strategie

Die Kommission hat das Weißbuch „Gemeinsam für die Gesundheit – ein strategischer Ansatz der EU für 2008 bis 2013“ vorgelegt. Sie verschreibt sich dabei drei gesundheitspolitischen Zielen: Verbesserung der Gesundheit in einer immer älter werdenden Gesellschaft durch lebenslange Gesundheitsförderung; Schutz der Bürger vor Gesundheitsgefahren, einschließlich übertragbarer Krankheiten, Bioterrorismus und Patientensicherheit; Förderung dynamischer Gesundheitssysteme und neuer Technologien. Das Weißbuch sieht für die nächsten zwei Jahre 18 konkrete Maßnahmen vor. Dazu gehören unter anderem die Stärkung der Rolle der EU in globalen oder grenzüberschreitenden Gesundheitsfragen, die Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der Entwicklung ihrer Gesundheitssysteme und die Verbesserung der Gesundheit älterer Menschen. Die Bedeutung der Strategie unterstrich EU-Gesundheitskommissar Markos Kyprianou mit der Anmerkung „Letztendlich beruht der Wohlstand der Europäischen Union weitgehend auf dem Gesundheitszustand ihrer Bürger“. Weiteres unter: http://ec.europa.eu/health-eu/newsletter/edition_0_de.html.

Luftverschmutzung bleibt Problem

Die europäische Umweltagentur in Kopenhagen hat einen Lagebericht zum Zusammenhang von Umwelt und Gesundheit in der EU herausgegeben. Der Bericht befasst sich mit der Situation in 53 Ländern. Danach ist die Luftverschmutzung trotz einiger Erfolge ein Hauptproblem. Es wird geschätzt, „dass sich durch das derzeitige Niveau bei Stickoxiden, Feinstaub und bodennahem Ozon die durchschnittliche Lebenserwartung in west- und mitteleuropäischen Ländern um fast ein Jahr verkürzt und die gesunde Entwicklung von Kindern gefährdet ist“. Es wird auch auf die dringende Notwendigkeit der Anpassung der Gesellschaft an die Auswirkungen des Klimawandels hingewiesen.

Dr. Markus Schick

Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union